



JUNGE UNION
WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN

Bildung 2011

- Erfolg durch Vielfalt -

**Leitantrag der Jungen Union Württemberg-
Hohenzollern zum Bezirkstag 2011**

am 24./25. September 2011 in Ravensburg

1 **Einleitung**

2 Der Faktor Bildung wird gerade in Deutschland angesichts eines globalen Wettbewerbs um
3 wirtschaftliches Wachstum und um Wohlstand in Zukunft von entscheidender Bedeutung
4 sein. Zudem stehen wir in Europa mit anderen Wachstumsregionen weltweit im Wettstreit
5 um den langfristigen Erfolg unseres demokratischen, sozialen und liberalen Gesell-
6 schäftsmodells. Unsere Stärke beruht auf unserem Verständnis von Freiheit und Solidarität
7 sowie auf unserem christlichen und humanistischen Wertefundament. Unsere Bildungsge-
8 sellschaft setzt auf Meinungsvielfalt und Kreativität, so dass jeder Einzelne seinen Weg
9 durch Einfallsreichtum und Fleiß selbständig gestalten und so seinen Beitrag für die Ge-
10 sellschaft als Ganzes leisten kann.

11 Gerade die Qualität der Bildung ist ein maßgeblicher Faktor dafür, dass wir im Wettbe-
12 werb mit weniger freien Gesellschaften und "gelenkten Demokratien" bestehen und uns
13 auch langfristig durchsetzen können. Solange wir in einer freien und gut ausgebildeten
14 Gesellschaft erfindungs- und einfallsreich bleiben, haben wir auch weiterhin diesen Vor-
15 sprung. Nur dieser kann auch künftig dafür sorgen, dass wir Frieden, Freiheit und Wohl-
16 stand in Europa langfristig sichern.

17 Vor diesem Hintergrund hat sich die Junge Union Württemberg-Hohenzollern im Juli 2011
18 dazu entschlossen, ihre Überzeugungen im Hinblick auf die Anforderungen an ein erfolg-
19 reiches und zukunftsfähiges Bildungssystem mit diesem Leitantrag politisch zu untermau-
20 ern. Angesichts der in den letzten Monaten seitens der grün-roten Landesregierung in Ba-
21 den-Württemberg vielfach geäußerten verheerenden bildungspolitischen Ansätze sowie
22 angesichts des aktuellen Leitantrages "Bildungsrepublik Deutschland" der CDU Deutsch-
23 lands anlässlich des Bundesparteitages am 14./15. November 2011, bezieht die Junge Uni-
24 on Württemberg-Hohenzollern hiermit Stellung.

25 **I. Kindergarten und Grundschule**

26 **1. Früh übt sich...!**

27 Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. Bereits vor der Einschulung werden ent-
28 scheidende Weichen für die Entwicklung gestellt. Diese Überzeugung gilt inzwischen als
29 allgemein anerkannt. Dieser Einschätzung folgend wurden bereits gute Ansätze entwi-
30 ckelt, um hier wichtige Fortschritte zu erzielen. Zu diesen gehören die Erprobung der fle-
31 xiblen Schuleingangsphase oder die Einführung von Bildungshäusern. Diese Entwicklung
32 sollte in den nächsten Jahren weiter vorangetrieben werden.
33 Ausreichende Sprachfähigkeiten sind für eine erfolgreiche Schullaufbahn enorm wichtig.
34 Wer bei der Einschulung die deutsche Sprache nicht gut beherrscht, ist auf dem gesamten
35 Bildungsweg benachteiligt. Denn wenn man schon am Anfang seiner Schulzeit Lehrer-
36 innen und Lehrer nicht versteht, verpasst man die Grundlagen aller zukünftigen Lernschritte

37 und hat selbst in einem Land mit einer großzügigen Durchlässigkeit im Schulsystem meist
38 geringere Chancen auf einen erfolgreichen Abschluss. Gute Deutschkenntnisse müssen
39 daher verpflichtende Einschulungsvoraussetzung sein. Um Probleme auch frühzeitig zu
40 erkennen, sollte die U8-Vorsorgeuntersuchung (Vorsorgeuntersuchung mit dreieinhalb bis
41 vier Jahren) im Rahmen des pädagogisch Möglichen im Bereich der Untersuchung der
42 Sprachentwicklung erweitert werden. Dieser Untersuchung sollten bei Notwendigkeit An-
43 gebote zu verpflichtenden Sprachentwicklungskursen für Kinder und Eltern-Kind-Gruppen
44 angegliedert werden. Entscheiden sich Eltern dazu, ihren Kindern die Möglichkeit zu neh-
45 men an solch einem die Integration fördernden Sprachkurs teilzunehmen, so müssen diese
46 zukünftig mit Konsequenzen, wie einer Reduzierung staatlicher Zuwendungen, zu rechnen
47 haben. Um jene zu unterstützen, die bereits in der Schule sind, sollten außerdem in allen
48 Schulformen und -phasen zusätzliche Fördermaßnahmen für Schüler mit sprachlichen
49 Mängeln eingeführt werden.

50 **2. Das letzte Kindergartenjahr muss verpflichtend sein!**

51 Die wichtigste und entscheidende „Bildungseinrichtung“ im frühkindlichen Alter ist und
52 bleibt das Elternhaus. Nichts kann und soll die Erziehung in der Familie ersetzen. Wenn wir
53 es aber ernst damit meinen, gleiche Grundlagen für den Schuleintritt schaffen zu wollen,
54 müssen wir die Kindergärten stärker in den Fokus nehmen. Daher spricht sich die Junge
55 Union Württemberg-Hohenzollern dafür aus, das Kindergartenjahr vor der Einschulung
56 mit halbtägiger Betreuung verpflichtend zu machen.

57 Besonders für dieses letzte Jahr, aber auch generell soll der „Orientierungsplan für Bildung
58 und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten“ zu einem gesetzlich veran-
59 kerten Bildungsauftrag weiterentwickelt werden. Dabei sollen die Ziele dieses Bildungs-
60 auftrages neben der Sprachentwicklung vor allem in der Aneignung der Grundlagen des
61 Lernens und in sozialen Kompetenzen liegen. Ein solches verpflichtendes Kindergartenjahr
62 muss nach unserem Staatsverständnis von den Bildungsträgern getragen werden. Hierzu
63 müssen das Land und die Kommunen gemeinsam tragfähige und stabile Finanzierungs-
64 konzepte erarbeiten, die etwa auch Kooperationsmodelle mit freien Trägern, den Kirchen
65 oder Grundschulen zur Nutzung von Synergien beinhalten können.

66 **3. Erzieher/in - ein Anforderungsprofil**

67 Erzieherinnen und Erzieher in baden-württembergischen Kindergärten und Kitas werden
68 immer besser. Wenn die hier geforderten Veränderungen durchgesetzt werden sollen,
69 muss jedoch auch die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern neu über-
70 dacht werden. Gerade für die Sprachförderung wird kompetentes Personal benötigt. Hier
71 können zu einem gewissen Anteil Lehrer, die in Maßnahmen wie den Bildungshäusern
72 teilnehmen, eine Hilfe darstellen. Wirkliche Erfolge sind jedoch nur zu erreichen, wenn

73 fundierte pädagogische Konzepte und speziell ausgebildetes Fachpersonal hinter diesen
74 Ansätzen stehen. Auch generell muss hinterfragt werden, ob das Ausbildungskonzept so-
75 wie die Vergütung für Erzieherinnen und Erzieher noch den aktuellen Voraussetzungen
76 entspricht. Hierbei ist zu erwägen, ob bei der Weiterbildung eine engere Zusammenarbeit
77 mit Hochschulen neue Wege im Bereich der vorschulischen Erziehung darstellen kann, oh-
78 ne den gerade für die betroffenen Kinder wichtigen Grundsatz des praxisorientierten Aus-
79 bildungsberufs „Erzieherin/Erzieher“ und den Zugang ohne zwingendes Abitur in Frage zu
80 stellen.

81 **4. Unsere Grundschule - ein Erfolgsmodell**

82 Die baden-württembergische Grundschule hat sich als Erfolgskonzept erwiesen. Dies zeig-
83 te sich auch wiederholt in den IGLU-Schulstudien. Möglichkeiten der Verbesserung sehen
84 wir vor allem im Übergang in die Grundschule. Das Modell der flexiblen Schuleingangs-
85 phase, in dem Grundschüler die Möglichkeit haben, den Stoff der ersten beiden Schuljahre
86 in gemeinsamen Klassenverbänden innerhalb von ein bis drei Jahren zu erlernen, hat sich
87 in den Projektphasen als erfolgversprechend erwiesen. Mit ihm ist es möglich, besser auf
88 die individuellen Voraussetzungen und Anforderungen an Schulanfänger einzugehen. Mit
89 der Ausweitung der flexiblen Schuleingangsphase kann daher unserer Ansicht nach der
90 Schulanfang deutlich erleichtert werden.

91 **5. Bindende Grundschulempfehlung am Ende der 4. Klassenstufe - ein Eckpfeiler unse-** 92 **res Bildungssystems**

93 Auch beim Ende der Grundschulzeit hat sich das baden-württembergische Modell als er-
94 folgreich erwiesen. Wir sprechen uns daher für den Erhalt des Wechsels der Schulform
95 nach der vierten Klasse aus und lehnen die diesbezüglichen Experimente der neuen Lan-
96 desregierung entschieden ab. Dies stellt für uns der richtige Weg dar, da Bundesländer,
97 deren Bildungssysteme bis heute sechsjährige Grundschulen oder vierjährige Grundschu-
98 len mit Orientierungsstufen für alle Fünft- und Sechstklässler vorsehen, meist deutlich
99 schlechtere Bildungserfolge vorweisen. In vielen Bundesländern wurden solche Konzepte
100 darüber hinaus in den vergangenen Jahren wegen Erfolglosigkeit wieder abgeschafft.

101 Nach der Grundschule soll der Übergang in das dreigliedrige Schulsystem folgen. Hierzu
102 spricht sich die Junge Union Württemberg-Hohenzollern deutlich für den Erhalt der bin-
103 denden Grundschulempfehlungen aus. Diese sind unserer Ansicht nach ein gutes Mittel,
104 um die soziale Gerechtigkeit in unserem Bildungssystem weiter zu erhöhen und den Zu-
105 sammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu verringern. Ohne die Laufbahn-
106 empfehlung würden wieder mehr Kinder ohne Beachtung ihrer eigenen Stärken und
107 Schwächen in die Schulform gedrängt werden, die nicht zu ihnen passt. Dazu ist ebenfalls
108 erforderlich, dass Grundschulempfehlungen auch für höherrangige Bildungsgänge ver-
109 bindlich sind.

110 **II. Unser Schulsystem in Baden-Württemberg - Erfolg durch Vielfalt**

111 **1. Grundsätze und Erfolgsbilanz des dreigliedrigen Schulsystems**

112 Baden-Württemberg zeichnet sich durch ein überaus erfolgreiches und bewährtes Schul-
113 system aus, welches der pluralen Gesellschaft des Landes mit seiner Bildungsvielfalt ge-
114 recht wird. Das gegliederte Schulwesen Baden-Württembergs bietet Kindern und Jugendli-
115 chen eine individuelle Förderung, die auf das Leistungspotential des Einzelnen zugeschnit-
116 ten ist. Wir sprechen uns gegen Schulversuche auf kommunaler Ebene aus, die zu chaoti-
117 schen Verhältnissen führen und Baden-Württemberg zu einem Bildungsflickenteppich ma-
118 chen würden, denn das bestehende Schulwesen zeichnet sich neben der praktizierten be-
119 gabungsgerechten Bildung durch ein hohes Maß an Durchlässigkeit und Anschlussfähig-
120 keit zwischen den Schularten und Schulstandorten aus. Eine vollständige Rückkehr von
121 einzelnen Gymnasien zu G9 lehnen wir strikt ab. Schülerinnen und Schüler steht es da-
122 durch offen, Niveauveränderungen des eigenen Bildungsstands entsprechend durch
123 Schulwechsel zu würdigen. Gemäß dem Leitprinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ be-
124 findet sich kein Schulabsolvent in einer Bildungssackgasse, sondern hat Zugang zu höhe-
125 ren Bildungsabschlüssen oder beruflichen Schulen. Die Resultate der PISA-E-Studien 2006
126 und des innerdeutschen Bildungsvergleichs 2010 belegen eindeutig die herausragende
127 Stellung von Ländern wie Baden-Württemberg und Bayern im Bereich der Bildungspolitik.
128 Die Studien beweisen klar die Überlegenheit des gegliederten Schulwesens im Vergleich
129 zu integrativen Schulmodellen.

130 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern spricht sich aus diesen Gründen für den Er-
131 halt des bislang bestehenden, dreigliedrigen Schulwesens aus. Gänzlich abzulehnen ist das
132 von der grün-roten Landesregierung geplante Vorhaben der Einführung einer sogenannten
133 „Gemeinschaftsschule“. Diese Gleichmacherei bei Schülerinnen und Schülern steht einer
134 von der Union verfolgten bestmöglichen Bildungs- und Chancengerechtigkeit entgegen
135 und verkennt die Relevanz von individuellem Fordern und Fördern unserer Kinder, nicht
136 zuletzt auch im Hinblick auf differenzierte Anforderungen der Wirtschaft. Die vermeintlich
137 attraktiven Gemeinschaftsschulmodelle mit gymnasialer Oberstufe auf lokaler Ebene, mit
138 welchen die grün-rote Landesregierung lockt, gefährden bislang intakte Schulen aufgrund
139 erheblicher finanzieller Verpflichtungen und Umstrukturierungen. Grün-rot nutzt dieses
140 Angebot lediglich dafür, eine Einführung der Einheitsschule auf Umwegen zu vollziehen.

141 Hervorzuheben ist, dass das Ganztagsangebot an Schulen aus der Sicht der Jungen Union
142 nur bedarfsgerecht und auf Antrag der Kommunen ausgebaut werden soll. Völlig unver-
143 ständlich erscheint das Vorhaben der Landesregierung kraft Schulgesetzes flächendeckend
144 Ganztagschulen unabhängig vom Bedarf der Kommunen und ohne finanziellen Ausgleich
145 als Regelschulform einzuführen.

146 **2. Für den Erhalt unseres Schulsystems - Bildung ist Ländersache!**

147 Die Junge Union Württemberg-Hohenzollern lehnt es ab, eine bundesweit einheitliche Ein-
148 führung von Oberschulen und Gymnasien voranzutreiben, die der CDU-Bundesvorstand in
149 seinem Antrag zum Bundesparteitag 2011 in Leipzig vorschlägt. Die Junge Union fordert
150 die Bundespartei und Bundesregierung dazu auf, die föderalen Grundsätze der Bundesre-
151 publik zu wahren und ein klares Bekenntnis zur Kultushoheit der Bundesländer auszuspre-
152 chen. Für Baden-Württemberg muss der Erhalt der bisherigen Dreigliedrigkeit des Schul-
153 systems mit vier aufwärtskompatiblen Abschlüssen maßgeblich sein solange deren Prakti-
154 kabilität gegeben ist. Vor allem sind der mittlere Bildungsabschluss durch das gelungene
155 und erfolgreich erprobte Modell der Werkrealschule sowie der Hauptschulabschluss zu
156 erhalten. Ein zweigliedriges Schulsystem würde nicht den spezifischen, variierenden Bega-
157 bungen und Anforderungen heranwachsender junger Menschen gerecht werden und zu
158 unvermeidbaren untragbaren Qualitäts- und Niveauverlusten unserer Schulen führen.
159 Statt Eingriffe in die Kompetenzen der Länder vorzunehmen, sollte die Bundesregierung
160 ihre Bemühung in Zusammenarbeit mit den Ländern um bundesweite Bildungsstandards,
161 die eine Äquivalenz des Bildungsniveaus der einzelnen Bundesländer garantieren, intensi-
162 vieren. Dabei muss der hohe baden-württembergische Bildungsstandard erhalten bleiben.

163 **3. Sinnvolle neue Wege in der Bildungspolitik**

164 Nicht die Debatte um die Struktur des Schulsystems darf im Vordergrund stehen, sondern
165 vielmehr die Qualität des Bildungsangebots. Dies verkennt die grün-rote Landesregierung
166 und gibt strukturellen Fragen den Vorzug vor Überlegungen darüber, wie das derzeit be-
167 währte und erfolgreiche Schulsystem durch eine Optimierung der Unterrichtsqualität und
168 der Rahmenbedingungen weiter verbessert werden kann. So wäre es beispielsweise sinn-
169 voll, ein Angebot von Sommerschulprogrammen zu schaffen, das zur Behebung von indivi-
170 duellen Schwächen und zur Förderung besonderer Begabungen der Schülerinnen und
171 Schüler dienen könnte. Im Besonderen sollte außerdem eine Ausweitung der Berufsorien-
172 tierung, speziell der angebotenen Praktikumsmöglichkeiten, in allen Schularten stattfin-
173 den. Dringend notwendig ist eine verstärkte Verzahnung von Schule und Hochschule so-
174 wie von Schule und Wirtschaft, um durch ein frühzeitiges Aufzeigen von Anforderungen,
175 Inhalten und Zielen der vielseitigen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten Ausbildungs-
176 abbrüchen vorzubeugen und ungenutzten langwierigen Orientierungsphasen nach dem
177 Schulabschluss entgegenzuwirken.

178 **III. Lehrerberuf und Lehrerausbildung - ein Anforderungsprofil**

179 **1. Grundsätze**

180 Die Junge Union setzt sich für den Erhalt des Staatsexamens als Abschluss aller Lehramts-
181 studiengänge ein. Die Umstellung auf Bachelor-, Masterstudiengänge käme lediglich einer

182 modernistischen und nutzlosen Umetikettierung gleich und ist für das Berufsbild des Leh-
183 rers absolut nicht zielführend. Im Übrigen ist hierbei auch zu bedenken, dass die prakti-
184 sche Ausbildung im Anschluss an das Hochschulstudium in einem Beamtenverhältnis als
185 Referendar abzuleisten ist und sich insoweit von der Ausbildung in anderen europäischen
186 Ländern unterscheidet. Falls der Bologna-Prozess auch beim Lehramt voll umgesetzt wer-
187 den sollte, müsste deshalb die praktische Ausbildungsphase eingespart oder zumindest
188 gekürzt werden, um die hiesige Ausbildung denen anderer Länder anzugleichen. Dies hal-
189 ten wir nicht für sinnvoll.
190 Die Aufteilung zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in der Lehreraus-
191 bildung hält die Junge Union für ein Erfolgsprojekt. Unterschiedliche Schularten fordern
192 unterschiedliche Ausbildungen. Weiterhin muss gewährleistet sein, dass Lehrer, die ihre
193 Schüler auf die Universität vorbereiten sollen, diese auch besucht haben müssen. Die Visi-
194 on der grün-roten Landesregierung, auch das Gymnasiallehramt an die Pädagogische
195 Hochschule zu bringen, ist aus diesen und aus organisatorischen Gründen entschieden ab-
196 zulehnen. Gleichwohl setzt sich die Junge Union dafür ein, dass sich in den Curricula aller
197 zukünftigen Lehrer eine noch deutlichere pädagogische Ausrichtung wiederfindet.

198 **2. Pädagogische Hochschulen**

199 Den besonderen Stellenwert der Grundschule gilt es herauszustellen. Auf den schulischen
200 Anfang kommt es an. Denn hier werden die ersten Weichen für die Zukunft gestellt, Bega-
201 bungen im besten Fall frühestmöglich erkannt, Talente gefördert und die Freude am Ler-
202 nen geweckt. Es ist anzustreben, den Männeranteil an Grundschullehrkräften zu erhöhen,
203 so dass Kinder auch in jungen Jahren ausreichend männliche Bezugspersonen haben. Die
204 Neuausrichtung der Stufenschwerpunkte an der Pädagogischen Hochschule auf lediglich
205 zwei Studiengänge (Lehramt an Grundschulen; Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Real-
206 schulen) ist zu begrüßen, da die Grundschule völlig andere Aufgaben bietet als die weiter-
207 führenden Schulen.
208 Die vorgesehene Neuregelung der Praxisanteile an den Pädagogischen Hochschulen leh-
209 nen wir dagegen entschieden ab. Sie stellt einen Rückschritt und keinen Fortschritt dar.
210 Die Reform führt zu keiner Verlängerung der Praxisphase, sondern zu einer Verkürzung.
211 Blöcke sind nötig, um die Schulpraxis gründlich kennenzulernen und im Unterrichten Si-
212 cherheit zu gewinnen. Als wünschenswerte Alternative ist ein Praxishalbjahr zu sehen, wie
213 es als Modellversuch bereits an der Pädagogischen Hochschule Weingarten durchgeführt
214 wird.

215 **3. Universitäten**

216 Grundsätzlich ist ein weiterer Ausbau der pädagogischen und vor allem der didaktischen
217 Anteile des universitären Lehramtsstudiums zu erstreben, ohne das fachwissenschaftliche

218 Niveau zu gefährden. Noch wichtiger ist allerdings der frühzeitige Einbau von Praxisantei-
219 len, damit nicht wie bisher fast das komplette Studium von einem Studenten absolviert
220 werden kann, ohne dass er jemals vor einer Schulklasse gestanden hat. Das neu eingeführ-
221 te Orientierungspraktikum erfüllt diesen Zweck nicht, da es nur eine Dauer von zwei Wo-
222 chen vorsieht und keine eigene didaktische Leistung erbracht werden muss. Zu erstreben
223 ist die Umwandlung in ein vierwöchiges Praktikum, das während der ersten drei Semester
224 zu absolvieren ist und die Studierenden verpflichtet, selbst Unterricht zu halten.
225 Das Praxissemester im Gymnasiallehramt, welches seinen Zweck bisher sehr gut erfüllt
226 hat, soll ab sofort nur noch in einem Block absolviert werden können. Die wichtigste Pra-
227 xisphase innerhalb des Studiums soll schließlich nicht in die Semesterferien gestopft, son-
228 dern in einem eigens dafür vorgesehenen Semester absolviert werden. Aus den bereits ge-
229 nannten Gründen ist ein Auseinanderreißen der Blöcke nicht sinnvoll. Beziehungen zwi-
230 schen den angehenden Lehrern und den Schülern können durch kurze Module zwischen
231 den Semestern nicht gut genug aufgebaut werden.

232 **4. Ausbildungsbetreuung**

233 Von besonderer Wichtigkeit ist es, dass Praktikanten und Referendaren eine kompetente
234 und engagierte Betreuung an der Ausbildungsschule gewährleistet wird. Um dafür noch
235 mehr Kapazitäten zu schaffen, muss Ausbildungslehrern und Mentoren eine angemessene
236 Entschädigung in Form einer höheren Deputatsermäßigung angeboten werden. Engage-
237 ment kann schließlich nur dort stattfinden, wo der nötige Raum dafür gewährt wird. Mit
238 guter Betreuung durch erfahrene Kollegen wird gewährleistet, dass engagierte angehende
239 Lehrer gefördert und andere, die ihr Berufsziel noch einmal überdenken sollten, erkannt
240 werden. Schließlich darf einem Lehrer nicht erst nach dem Berufseinstieg klar werden,
241 welche Anforderungen der Beruf mit sich bringt.

242 **5. Bedingungen für Lehrer im Beruf**

243 Um gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen im Schulbereich erfolgreich begeg-
244 nen zu können, fordern wir die flächendeckende Neueinstellung von Schulsozialarbeitern,
245 die Lehrer an entscheidenden Stellen entlasten können, wo immer dies der jeweilige
246 Schulträger beantragt. Die Finanzierung dieser sollte verstärkt durch die Länder gefördert
247 werden.

248 Des Weiteren halten wir es für erstrebenswert, langfristig den Verwaltungsaufwand bei
249 den Lehrern zu verringern. Es ist nicht sinnvoll, wenn Tätigkeiten im Sekretariat vermehrt
250 von Lehrern ausgeführt werden, die damit ihr Deputat drücken wollen. Pädagogen sollen
251 pädagogische Aufgaben erfüllen.

252 Zu geordneten Bedingungen gehören auch bessere Sprechzeitenregelungen. Im Zuge der
253 Einrichtung von Ganztagesangeboten entsteht die Chance, feste und vor allem längere
254 Sprechzeiten für Schüler und Eltern während der Arbeitszeiten der Lehrer festzulegen. Die
255 Junge Union setzt sich dafür ein, die Verbeamtung im Lehramt vorübergehend fortzuführen,
256 bis sich der Lehrermangel auf dem Arbeitsmarkt reduziert bzw. erledigt hat. Allerdings
257 ist es nicht sinnvoll, die bisherigen Bedingungen für angestellte Lehrer beizubehalten, da
258 die Unterschiede zwischen Beamtenold und Angestelltengehalt zu groß sind. Allerdings
259 müssen attraktivere Einstellungsbedingungen die Attraktivität für angestellte Lehrer und
260 Quereinsteiger, die nicht mehr verbeamtet werden können, verbessern. Prekäre Arbeits-
261 verträge, die beispielsweise für den Sommerferienmonat August kein Gehalt vorsehen,
262 sind abzulehnen.

263 **IV. Vergleichbarkeit und Qualität von Bildungsabschlüssen**

264 **1. Kein Abschluss ohne Anschluss**

265 Am Ende eines jeden Bildungsabschnittes steht immer ein Abschluss, der die Grundlage
266 für jeden weiteren schulischen, beruflichen oder akademischen Anschluss bietet. Baden-
267 Württemberg hat in der Vergangenheit bewiesen, dass gerade in unserem dreigliedrigen
268 Schulsystem der unumstößliche Grundsatz "kein Abschluss ohne Anschluss" gilt. So haben
269 derzeit mehr als die Hälfte der Studenten an den Hochschulen im Land niemals das "klassi-
270 sche" allgemeinbildende Gymnasium besucht. Vielmehr führten die Bildungswege in der
271 Mehrzahl der Fälle über Hauptschule, Realschule, berufliche Gymnasien, Berufskolleg oder
272 aber über die Anerkennung einer Meisterprüfung zur Fachhochschulreife. Dieses ein-
273 drucksvolle Ergebnis zeigt mehr denn je, dass eine Aufteilung in Gymnasium, Realschule
274 und Hauptschule zum Beginn der Klasse 5 keineswegs unumkehrbar den späteren Werde-
275 gang eines Schülers prägt. Im Gegenteil, jeder Schüler und jede Schülerin kann sich indivi-
276 duell und gemessen an seiner Leistungsfähigkeit immer zum richtigen Zeitpunkt für einen
277 nächsthöheren Bildungsabschnitt qualifizieren. Deshalb befürworten wir die Beibehaltung
278 dieses Grundsatzes.

279 **2. Bildungsabschlüsse als werthaltige und aussagekräftige Qualifikation**

280 Entscheidend ist, dass ein Abschluss gleich welcher Art immer einen aussagekräftigen
281 Wert hat. Er muss für einen weiteren Bildungsabschnitt oder aber für einen Berufseinstieg
282 tatsächlich qualifizieren. Dies kann nur gewährleistet werden, solange unsere Bildungsab-
283 schlüsse nicht inflationär und ohne einen ausreichenden Nachweis einer zugrundeliegen-
284 den Qualifikation erworben werden können.

285 Ein Blick über unsere Nachbargrenzen, z.B. nach Frankreich zeigt, wie Bildungsabschlüsse
286 auf diese Weise ihren Aussagewert verlieren. Dort verfügen über 2/3 aller Menschen über
287 einen dem "Abitur" (baccalauréat) vergleichbaren Bildungsabschluss - gleichzeitig beste-

288 hen aber von Schule zu Schule kaum vergleichbare Bildungsstandards. Dies hat zur Folge,
289 dass der Erwerb der französischen "Hochschulreife" tatsächlich überhaupt keine ausrei-
290 chend und allgemein anerkannte Qualifikation für einen Studienplatz mehr bedeutet, son-
291 dern dazu führt, dass die begehrten Universitäten mit bis zu zweijährigen Vorbereitungs-
292 programmen für ein einheitliches Bildungsniveau sorgen müssen. Damit erfolgt oft eine
293 unsoziale Selektion und eine späte berufliche Umorientierung zur Folge hat.

294 Ebenso verhält es sich in vielen unserer Nachbarländer mit der Anzahl der akademischen
295 Abschlüsse - eine Mehrheit in der Bevölkerung erwirbt zumindest einen dreijährigen aka-
296 demischen "Bachelor"-Abschluss. Allerdings hat die massenhafte Umetikettierung von
297 Ausbildungsberufen zu akademischen Abschlüssen vielfach dazu geführt, dass ein Bache-
298 lor-Abschluss allein kaum mehr Aufschluss über die tatsächliche Qualifikation eines Absol-
299 venten geben kann.

300 Die OECD trägt hierzu jedes Jahr in ihrem Bildungsbericht vor, Deutschland habe im Ver-
301 gleich zu seinen europäischen Nachbarn zu wenige Akademiker. Diese Einschätzung ver-
302 zerrt aber erheblich das wahre Bild: Danach ist ein qualifizierter "Techniker" in Deutsch-
303 land zwar kein Akademiker, er verfügt aber über eine sehr geschätzte und allseits aner-
304 kannte Berufsqualifikation und nur darauf kommt es am Ende an. Unser Land braucht also
305 hervorragende, qualifizierende und aussagekräftige Bildungsabschlüsse sowohl an den
306 Hochschulen als auch auf den beruflichen Ausbildungswegen. Eine bloße Umetikettierung
307 zum "Bachelor" hilft am Ende niemand mehr, wenn dadurch Abschlüsse ihren Qualifikati-
308 onswert und ihre Aussagekraft verlieren.

309 **3. Echte Chancengleichheit**

310 Vielfach wird gerade im sozialromantisch politisch linken Milieu der Irrglaube vertreten,
311 wonach man mehr Chancengleichheit durch eine (akademische) Gleichstellung aller Bil-
312 dungsanschlüsse sowie durch eine drastische Erhöhung der Absolventenzahlen erreichen
313 könnte. Umgekehrt kommt man der Realität aber näher: Wenn Bildungsabschlüsse keinen
314 unterscheidbaren Wert mehr haben, wird sich früher oder später eine Bildungslandschaft
315 entwickeln, in der wohlhabende Eltern ihre Kinder auf separate, nicht staatliche Schulen
316 und Universitäten schicken, um die Qualität der Ausbildung ihrer Kinder bestmöglich zu
317 gewährleisten. Bildung darf aber gerade nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen - des-
318 halb fordern wir den Erhalt unserer vielseitigen und aussagekräftigen Bildungsabschlüsse
319 an den Schulen und Hochschulen unseres Landes. Nur so können wir langfristig Chancen-
320 gleichheit und Bildungsgerechtigkeit gewährleisten!

321 **V. Universität und Hochschulen**

322 **1. Studiengebühren ade?! Nein zur grün-roten Staatsuniversität**

323 Mit der Einführung von Studiengebühren im Jahr 2005 war Baden-Württemberg Vorreiter
324 in der Beteiligung von Studenten an der Finanzierung ihrer Universitäten. Wie in anderen
325 Ländern hat es sich erwiesen, dass Studiengebühren keineswegs sozial Schwächere vom
326 Studium abhalten. Das System der nachgelagerten Erhebung der Gebühren, wonach erst
327 nach Ende des Studiums und dem Berufseinstieg die Gebühren abgezahlt werden können,
328 hat sich bewährt. Auch die anfängliche Debatte über die Verwendung der Gebühren hat
329 gezeigt, dass Studenten mit einer finanziellen Beteiligung an der Hochschulfinanzierung
330 ihren Forderungen viel mehr Kraft verleihen können. Die Junge Union fordert trotz alle-
331 dem mehr Transparenz über die Verteilung der Einnahmen aus den Studiengebühren. Wir
332 sprechen uns dafür aus, dass Studiengebühren ausschließlich zur Verbesserung der Situa-
333 tion in den Universitäten genützt werden dürfen. Studiengebühren sind keine Einnahmen
334 zur Schuldentilgung des Landes. Dies alles soll jetzt durch die grün-rote Landesregierung
335 abgeschafft werden. Die Landesregierung muss aber noch beantworten, woher die Finan-
336 zierungslücke beim Wegfall der Studiengebühren geschlossen werden soll. Eine simple
337 Mehrverschuldung wäre verantwortungslos und ideologisch motiviert. Die Ankündigung
338 des grünen Ministerpräsident die Studiengebühren würden durch "staatliche Qualitätssi-
339 cherungsmittel"¹ ersetzt werden, verstehen wir als Drohung, wieder mehr staatliche Kon-
340 trolle auszuüben. Wir brauchen an den Universitäten aber mehr individuelle Freiräume und
341 Gestaltungsmöglichkeiten statt sozialistische Einheitsanstalten. Die Rückkehr zu Staats-
342 zentralismus und Bildungskommunismus in der Hochschulpolitik lehnen wir strikt ab.

343 Außerdem lehnen wir die Pläne der neuen Landesregierung, die eine verfasste Studieren-
344 denschaft etablieren möchte, strikt ab, da diese mit noch zu erhebenden Zwangsbeiträgen
345 ein allgemeines politisches Mandat mit eigener Satzungs-, Finanz- und Vertragshoheit aus-
346 füllen soll. Wir sehen hierin keinen Vorteil für die Studierenden. Erfahrungen aus anderen
347 Bundesländern haben gezeigt, dass diese Gelder oft nicht sinnvoll eingesetzt werden und
348 teilweise nicht nur verschwendet, sondern veruntreut werden, da keine Kontrolle mehr
349 durch das Rektorat besteht. Den Studierenden wird hier in jungen Jahren die Verantwor-
350 tung für fünf- bis sechsstellige Budgets übertragen, oft ohne dass diese die resultierende
351 Verantwortung kompetent und erfahren wahrnehmen können. Die bisherigen AstA-Gelder
352 sollen weiterhin einzig und allein für Bildungsinteressen ausgegeben werden und nicht für
353 Themen allgemeiner politischer Natur.

354 **2. Von Bologna nach Berlin – der Wandel der deutschen Hochschullandschaft**

355 Durch die Einführung des Bachelor-Master-Systems im Rahmen des Bologna-Prozesses hat
356 sich mittlerweile ein Mischsystem etabliert, bei dem einerseits Abschlüsse wie der Diplom-
357 Ingenieur oder das Staatsexamen erhalten geblieben sind und andererseits andere Fächer

¹ Vgl. Burchard, ZEIT-Online 27. Juli 2001, <http://www.zeit.de/wissen/2011-07/studiengebuehren-baden-wuerttemberg>

358 europaweit sinnvoll standardisiert worden sind. Auch hat sich die Wirtschaft in kurzer Zeit
359 auf diese neuen Abschlüsse eingestellt und bietet Absolventen entsprechende Einstiegs-
360 möglichkeiten auf verschiedenen Bildungsebenen an.

361 Zu sehr lässt sich aber die Orientierung an den früheren Fünf-Jahres-Rhythmen der Dip-
362 lom- oder Magisterstudiengängen erkennen, die dazu führt, dass alter Wein in neuen
363 Schläuchen umgefüllt wird. Deshalb muss eine stärkere Flexibilisierung und Individualisie-
364 rung der Studiengänge nachgedacht werden. Eine Schwerpunktsetzung ist im Bachelor-
365 Studium heute nicht möglich, sondern soll durch den konsekutiven Master gewährleistet
366 werden. Dieses System ließe sich aber noch fortentwickeln und die Bachelor-Studiengänge
367 aufgewertet werden durch die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung. So muss ein Bache-
368 lor-Studiengang nicht zwangsweise auf drei Jahre begrenzt sein.

369 In den Ländern, an denen man sich bei der Einführung dieses zweigliedrigen Hochschulsys-
370 tems orientiert hat, ist der Master eher eine wissenschaftliche Vertiefung des Bachelors
371 und eben darauf ausgelegt. Diesen Ansatz gibt es bisher noch nicht, sondern der Master
372 wird eher als Pendant zum Magister- und Diplom-Abschluss angesehen.

373 **3. Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Deutschland**

374 Eine Diskussion über die Qualität des Wissenschaftsstandorts Deutschland entlang von
375 Einzelbeispielen zu führen, halten wir für ebenso falsch, wie die Debatte eben darauf zu
376 beschränken. Die Deutsche Hochschullandschaft –und insbesondere die baden-
377 württembergische mit ihrer spezifischen Trias aus Universitäten, (Fach-) Hochschulen und
378 Dualen Hochschulen- ist erfolgreich und genießt weltweit einen hervorragenden Ruf.

379 Um zukünftig die Qualität wissenschaftlicher Arbeiten zu gewährleisten, darf man sich
380 nicht auf die Verhinderung der Symptome, wie aufgedeckte Plagiate beschränken. Es ist
381 aus unserer Sicht unverständlich, wieso nicht alle wissenschaftlichen Arbeiten generell ei-
382 ner Plagiatsprüfung unterworfen werden. Dabei geht es nicht um eine Generalverdächti-
383 gung, sondern darum die hohen Standards zu schützen. Dieses sehen wir als einen Wert an
384 sich an.

385 **VI. Berufliche Bildung - Duale Ausbildung**

386 Das duale Berufsschulsystem in Deutschland gehört international zu den erfolgreichsten
387 Bildungskonzepten. Es steht auch in besonderem Maße für die Stärke des Wirtschafts-
388 standortes Baden-Württemberg. Das eng verzahnte Miteinander beruflicher Praxis in den
389 Betrieben und schulischen Lernens garantiert dabei eine an den Anforderungen des Ar-
390 beitsmarkts ausgerichtete Ausbildung.

391 Um diese Erfolgsgeschichte auch zukünftig fortschreiben zu können, fordern wir die ver-
392 stärkte Einbindung von Praktikern in den Berufsschulunterricht. Solche auf wenige Wo-

393 chenstunden begrenzte und nebenberufliche Lehraufträge ermöglichen es, den Schülern
394 noch mehr unmittelbares Praxiswissen zu vermitteln. Genau diese Berufsorientierung
395 stärkt dabei auch die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Schulsystems. Einer
396 Vielzahl von Haupt- und Realschülern gelingt es, über die Berufsschulen einen weiteren
397 Weg an die Hochschulen zu finden. Gleichzeitig kann es jedoch nicht sein, dass jeder Be-
398 werber einen Rechtsanspruch auf Zugang zu einem beruflichen Gymnasium erhält, wie von
399 der grün-roten Landesregierung geplant. Wir lehnen dieses Ansinnen strikt ab, weil da-
400 durch das duale Ausbildungssystem enorm geschwächt wird.

401 Der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs ist nicht zuletzt dem differenzierten und
402 leistungsstarken beruflichem Schulwesen zu verdanken. Die Maxime "kein Abschluss ohne
403 Anschluss" wird hier mit beachtlichem Erfolg und Engagement gelebt und ermöglicht.

404 Deshalb fordert die Junge Union eine Bestandsgarantie für die beruflichen Vollzeitschular-
405 ten und die berufliche Orientierung an allen beruflichen Schulen.

406 **Anhang**

407 **Stichwörter:**

408 1) Bildungshäuser:

409 Das „Bildungshaus 3-10“ wurde vom Kultusministerium Baden-Württemberg als Landes-
410 modell initiiert. Ziel des Projekts ist die Verzahnung der pädagogischen Arbeit von Kinder-
411 garten und Grundschule. Entstehen sollen institutions- und jahrgangsübergreifende Lern-
412 und Spielgruppen, in denen Kinder ihren (Bildungs-)Alltag verbringen.

413 2) U8-Vorsorgeuntersuchung:

414 Die U8 Vorsorgeuntersuchung (4. Lebensjahr) fällt in die Kindergartenzeit bzw. deren Be-
415 ginn. Wichtig ist es zu wissen, wie sich ein Kind im Kindergarten zurechtfindet und mit an-
416 deren Kindern spielt. Bei dieser Untersuchung stehen im Vordergrund die Beurteilung der
417 geistigen Reife, sozialen Kontaktfähigkeit, Sprache und körperlichen Geschicklichkeit.
418 Auch die Prüfung der Sinnesorgane mit Hör- und Sehtest wird durchgeführt.

419 3) Orientierungsplan:

420 Der Orientierungsplan stellt ein wissenschaftlich fundiertes pädagogisches Gesamtkon-
421 zept für alle Kindertageseinrichtungen dar. Hierbei werden jedoch nur Impulse zur päda-
422 gogischen Begleitung kindlicher Entwicklung in der Kindergartenzeit gegeben. Er bietet
423 jedoch keinen verpflichtenden erzieherischen Rahmen.

424 4) PISA-E-Studie:

425 PISA-E bezeichnet die nationale Ergänzung der internationalen PISA-Studien in Deutsch-
426 land. Diese wurden 2006 an ca. 1000 Schulen, die nicht an den internationalen PISA-
427 Studien teilgenommen hatten, durchgeführt.